

Die **Santander Bank**, eine Zweigniederlassung der **Santander Consumer Bank**, Mönchengladbach, und die **Hypoport AG**, Berlin, bauen ihre strategische Zusammenarbeit aus. Künftig will die Privatkundenbank den internetbasierten Finanzmarktplatz Europlace ihres Partners stärker nutzen. Über die bisherige Abwicklung des eigenen Baufinanzierungsgeschäftes hinaus will sie dazu ihren Kunden neben eigenen Finanzierungen ein Angebot von Drittinstituten anbieten. Die Hypoport-Plattform für die Abwicklung und Vermittlung von Baufinanzierungen, Bausparen, Ratenkrediten und Restschuldversicherungen konnte im Jahre 2011 ein **Transaktionsvolumen** von rund 21 Milliarden Euro verbuchen. Künftig soll sie sowohl die Vertriebs- als auch die dem Vertrieb nachgelagerten Prozesse der Bank unterstützen.

Die russische **Sberbank**, Moskau, kauft die türkische **Denizbank**, Istanbul, die bisher mit einem Anteil von 99,85 Prozent zum Mutterkonzern **Dexia** gehört. Der Wert des Verkaufs wurde offiziell mit 6,469 Milliarden Türkische Lira (2,821 Milliarden Euro) beziffert. Die in der Krise in Schieflage geratene französisch-belgische Dexia muss Geschäftsteile verkaufen, um ihr Kapitalpolster zu stärken und Kapitalanforderungen (Tier 1) zu erfüllen.

Zum ersten Mal seit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise in 2008 erlaubt **China** seinen Großbanken die **Verbriefung von Krediten**. Seitens der **Zentralbank, Bankenaufsichtsbehörde** und **Finanzministerium** wird zunächst ein Rahmen von 50 Milliarden Yuan (etwa 6 Milliarden Euro) genehmigt. Die Papiere dürfen nur von „qualifizierten Käufern“ erworben werden und müssen von mindestens zwei Ratingagenturen bewertet sein. Im Rahmen einer Verbriefung muss mindestens fünf Prozent der Wertpapiertranche mit der geringsten Bonität bei den Banken verbleiben, um die Wahrscheinlichkeit der Weitergabe der besonders ausfallgefährdeten Kredite über Verbriefungen an Investoren möglichst gering zu halten. Mithilfe der Verbriefung will das Land Risiken im Finanzsystem diversifizieren.

Die US-Notenbank **Federal Reserve**, Washington, hat angekündigt, die neuen Kapitalregeln Basel III fast unverändert übernehmen zu wollen. Nach dem Vorschlag der Notenbank sollen dem Regelwerk alle

11. Juni 2012 bis 20. Juni 2012

US-Banken unterworfen werden, sofern sie nicht Bank-Holdings mit einer Bilanzsumme von weniger als 500 Millionen US-Dollar sind. Damit nimmt die Federal Reserve weniger als am Markt erwartet Rücksicht auf kleinere Kreditinstitute. Letztere hatten mit einer Abmilderung der Regeln bei der Berechnung der Kapitalpuffer gerechnet.

Goldman Sachs und **State Street** planen die Abspaltung der eigenen Hedgefonds-Sparten mit einer anschließenden Fusion der Hedgefonds-Verwaltungen. Durch die Zusammenlegung würde ein Investment-Unternehmen mit einem Gesamtgewicht von bis zu 700 Milliarden US-Dollar an verwaltetem Vermögen entstehen. Eine formelle Einigung war bis zum Redaktionsschluss noch nicht unterzeichnet.

Die 72 bayerischen Sparkassen und ihre Träger haben einen Beitrag zur Umstrukturierung der **Bayern-LB**, München, in Höhe von 1,65 Milliarden Euro beschlossen. In diesem Zusammenhang werden die bayerischen Sparkassen Ende 2012 die LBS Bayerische Landesbausparkasse von der Bayern-LB für rund 800 Millionen Euro erwerben und im nächsten Jahr eine Kapitalerhöhung bei der Bayern-LB durchführen. Im Rahmen der Kapitalerhöhung werden stille Einlagen der Kreditinstitute in Höhe von gut 800 Millionen Euro in haftendes Kapital gewandelt. Die Maßnahme folgt der Forderung der EU-Kommission im Rahmen des Beihilfeverfahrens für die Bayern-LB (siehe auch Gespräch des Tages).

Aufwand aus Leasing-Geschäften muss nach den neuen Leasing-Rechnungsregeln des **International Accounting Standards Board (IASB)** und **Financial Accounting Standards Board (FASB)** künftig in der Ergebnisrechnung ausgewiesen werden. Dabei können die Gesellschaften zwischen zwei Modellen wählen: Falls ein Leasing-Geschäft einer Übertragung von Eigentum gleichkommt, wird die Transaktion bilanziell ähnlich behandelt wie ein Kauf und ein Kredit und als Aufwand verbucht. Andernfalls werden die Kosten linear als Aufwand während der gesamten Leasing-Dauer angesetzt. Der vorläufigen Einigung soll im

vierten Quartal ein gemeinsamer Entwurf der Standardsetter folgen.

Dem System zur zentralen Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld, **Target-2-Securities (T2S)** der Europäischen Zentralbank (EZB), sind die zu Euroclear SA, Brüssel, gehörenden Abwickler und Verwahrer Belgiens, Frankreichs und der Niederlande beigetreten. Mit T2S soll die grenzüberschreitende Abwicklung von Wertpapiertransfers in Zentralbankgeld verbessert werden. Die Vernetzung der europäischen Zentralverwahrer von Wertpapieren und des Eurosystems der Zentralbanken wird mithilfe der Outsourcing-Verträge zwischen den Zentralverwahrern und der EZB erreicht. Pro Transaktion sollen die Abwicklungskosten um 15 Euro-Cent sinken.

Die **Deutsche Postbank AG**, Bonn, verkauft ihre Asset-Management-Aktivitäten an die **DWS-Gruppe**, Frankfurt am Main, die Fondstochter ihrer Muttergesellschaft, und konzentriert sich verstärkt auf ihr Kerngeschäft im Consumer Banking. Zum verkauften Fondsgeschäft der Postbank gehören 56 Publikums- und Spezialfonds mit rund 7,7 Milliarden Euro Anlagevolumen sowie die Verwaltung der Publikumsfonds einschließlich der zugehörigen Unternehmensteile in Frankfurt am Main und in Luxemburg. Der bereits unterzeichnete Vertrag bedarf der Zustimmung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörden. Die Übertragung der Unternehmensanteile und der Abschluss der Veräußerung sind für das 3. Quartal 2012 vorgesehen.

Die **WestLB**, ihre Anteilseigner (das **Land NRW**, die beiden Sparkassenverbände **RSGV, SVWL** sowie die beiden Landschaftsverbände **LVR, LWL**), die Erste Abwicklungsanstalt **EAA** und die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung **FMSA** haben Mitte Juni 2012 über letzte offene Fragen hinsichtlich des zur Übertragung auf die Landesbank Hessen-Thüringen vorgesehenen Verbundbank-Portfolios sowie des Transfers der übrigen Vermögenswerte in die EAA eine Grundsatzvereinbarung erzielt. Die im Juni 2011 zwischen den Verhandlungspartnern getroffene Eckpunktevereinbarung zur **Restrukturierung der WestLB** wird damit auf den Weg gebracht. Der festgelegte Umstrukturierungsplan war Grundlage der im Dezember 2011 erteilten beihilferechtlichen Genehmigung der EU-Kommission. Die Zustimmung einiger Gremien stand bei Redaktionsschluss noch aus.